

Der Aufbau der Gewerkschaft Nahrung- Genuß- Gaststätten

Dr. Willy Buschak, geb. 1951, studierte Geschichte in Bochum, wo er gegenwärtig als freier Schriftsteller lebt. Seine jüngste Arbeit ist eine Geschichte der Gewerkschaft NGG und ihrer Vorläuferorganisationen.

Am 22. April 1945 marschierten französische Truppen in Stuttgart ein. Knapp zwei Wochen später, es war der 5. Mai 1945, machte sich Joseph Kollmair, vor 1933 Bezirksleiter im Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter (VNG), auf den Weg ins Stadtzentrum. Zwei Tage zuvor hatte er eine Einladung zu einer Besprechung der ehemaligen Gewerkschaftsangeestellten, die in einer Privatwohnung stattfinden sollte, erhalten. Der Weg war beschwerlich: „Alle Verkehrsmittel waren außer Betrieb, alle Brücken gesprengt, nur auf einem Umweg über einen Steg konnte man in das Innere der Stadt gelangen. Das bedeutete für mich einen Weg von zwei Stunden hin und zwei Stunden zurück. Die Besprechung war von kurzer Dauer. Ein Vorschlag über die Industriegewerkschaften lag schon vor, der allgemeine Annahme fand. Es war nur noch notwendig, die Angestellten festzustellen, die anwesend waren und die Frage zu stellen, wer bereit ist, sich am Aufbau zu beteiligen. Alle waren dazu bereit, obwohl bekannt war, daß für die Tätigkeit keine Entschädigung gezahlt werden konnte.“¹

Hier wie an anderen Orten ging die Neugründung der Gewerkschaften in den seltensten Fällen von den Betrieben aus. In der Regel fand sich ein Kreis alter Funktionäre zusammen. Sie hatten in der Nazizeit die Verbindungen untereinander nicht abreißen lassen und Pläne für den Wiederaufbau erörtert. Aus der unter ihnen immer wieder gestellten Frage nach den Ursachen für den Zusammenbruch der deutschen Arbeiterbewegung 1933 erwuchs, wie Karl Neumann, später Angestelltensekretär der NGG in Köln, berichtet, vor allem eine Erkenntnis: „Wir hatten in Siegburg² Gelegenheit, darüber zu sprechen. Da haben wir immer gedacht: Mensch, wenn die Nazis mal weg sind, dann wird es ganz anders. Dann ist der Mann von der christlichen Gewerkschaft neben

¹ Joseph Kollmair: Kleine Gewerkschafts-Chronik und Biographien aus den früheren Berufsverbänden der Bäcker, Konditoren, Brauer, Müller, Böttcher, Fleischer, Tabakarbeiter und Gaststätten. Gewidmet der Industriegewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten. O. O., o. J. (1949), S. 5.

² Karl Neumann war wegen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus im Zuchthaus Siegburg bei Bonn inhaftiert.

mir und alle anderen auch. Und da gucken wir uns ehrlich in die Augen und wollen etwas ganz, ganz Neues aufbauen.“³

Die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in politische Richtungen sollte aufgehoben und gleichzeitig *eine* Organisation für alle Arbeitnehmer des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes geschaffen werden. Letzteres knüpfte an einen alten Plan an, der schon nach dem Halberstädter Gewerkschaftskongreß von 1892 entstanden war. Er war damals zum Scheitern verurteilt, weil die Berufsverbände gerade in der vielfältig zersplitterten, noch handwerklich geprägten Berufslandschaft des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes nicht so einfach übersprungen werden konnten. In einem längeren Vereinigungsprozeß bis hin zur Gründung des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter (1927) setzte sich dann doch das Industrieverbandsprinzip durch. Tabakarbeiter sowie Hotel-, Restaurant- und Cafeangestellte beharrten allerdings auf ihrer organisatorischen Eigenständigkeit. Es gab somit drei freige- werkschaftliche, daneben drei christliche und noch zwei Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften für die Nahrungs- und Genußmittelarbeiterschaft.

Die politischen Richtungen lebten nach 1945 nicht wieder auf. Die alten Berufsverbände waren zäher. In Hamburg wurde ein Verband der Hotel-, Restaurant- und Cafeangestellten, in Hamburg und Bremen ein Industrieverband für die gesamte Tabakindustrie wieder gegründet. Beide Verbände gaben ihre Selbständigkeit erst auf dem Gründungsverbandstag der Industriegewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Britische Zone, im Juli 1947 auf, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Beschäftigten von einer Sonderorganisation nichts mehr wissen wollten. Und auch das gewerkschaftliche Zonensekretariat unter Leitung Hans Böcklers hatte keine Neigung gezeigt, die beiden Berufsverbände als Industrieorganisationen passieren zu lassen.

Lage des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes

In einem Ende 1945 geschriebenen Bericht aus Köln heißt es über die Lage des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes: „Infolge der außerordentlich niedrigen Brottration werden in den Brotfabriken und Bäckereien außerordentlich wenig Leute beschäftigt. In der Schokoladen- und Zuckerindustrie in Köln waren im Jahre 1932 etwa 5000 Leute beschäftigt. Jetzt arbeiten in dieser Industrie- gruppe noch etwa 145 Personen. In der Getränkeindustrie ist infolge des Brauverbotes kaum Arbeit vorhanden und man ist nur mit Aufräumarbeiten beschäftigt. Die Mühlen liegen, soweit sie nicht zerstört sind, schon seit Monaten still, weil kein Getreide vorhanden ist. In der Fleischindustrie und

³ Gespräch des Verf. mit Karl Neumann.

den Metzgereien haben nur wenig Menschen, infolge der kleinen Rationen, Beschäftigung. Da der größte Teil der Hotels und Restaurants zerstört ist, sind für die Kollegen aus diesem Gewerbe auch wenig Arbeitsmöglichkeiten. In der Tabakindustrie sind fast alle Betriebe zerstört oder ohne Beschäftigung.“⁴

Mit einigen Abstrichen hier und da war diese Situation für alle drei westlichen Besatzungszonen (und natürlich auch die SBZ) charakteristisch und änderte sich während des Jahres 1946 kaum.

Vor allem der Mangel an Rohstoffen machte sich bemerkbar, durch die Gebietsabtretungen im Osten und die wirtschaftliche Abschnürung der sowjetischen Besatzungszone (beide Gebiete hatten mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Vorkriegsproduktion geliefert) noch verschärft. Die Suche nach Ersatzstoffen war überall Trumpf. Bei Stollwerck in Köln beispielsweise wurden an der Stelle von Schokolade sogenannte Nährstangen produziert, aus Zucker, Kakaopulver, kondensierter Milch und Maisfett, für die Schulspeisung gedacht. Die Berliner Brauereien schöpften aus ihren Brunnen mehr Trinkwasser für die Bevölkerung als Brauwasser.

Zwar hatten sich etliche Betriebe während des Krieges Rohstoffvorräte angelegt, die Knappheit konnte so aber nur punktuell und auch nur für kurze Zeit überwunden werden - falls das Rohstofflager nicht überhaupt in den letzten Kriegstagen geplündert worden war.

Wo die Herstellung von Ersatzprodukten nicht möglich war, gab es Kurzarbeit und Entlassungen. Im norddeutschen Bäckergerbe betrug der Wochenverdienst wegen dauernder Kurzarbeit nicht mehr als 20 Mark die Woche. Es bedurfte eines stürmischen Protests der Gewerkschaften, bevor die Beschäftigten den Lohnausfall ersetzt bekamen. Starke Kurzarbeit und Entlassungen gab es immer wieder auch in den Brauereien, die nur ein dünnes Molkebier produzieren durften, das kaum jemand konsumieren wollte. In der Zigarrenherstellung, deren Produktion auf 14 Prozent des Vorkriegsniveaus abgesackt war, wurden alle Arbeitskräfte, die irgendwie anderweitig untergebracht werden konnten, entlassen und der Rest auf Kurzarbeit gesetzt. Erst 1948 begann sich die Rohstoffversorgung langsam zu normalisieren. In einigen Bereichen wie in den Brauereien erst längere Zeit nach der Währungsreform.

Mangel und Not

Die Löhne waren längst nicht mehr in der Lage, die Lebenshaltungskosten zu decken. Den Gewerkschaften waren lohnpolitisch aber die Hände gebun-

⁴ Industrieverband Nahrung, Getränke, Genuß, Köln. Bericht an die IUL vom 23. März 1946. Archiv der IUL, Genf.

den. Es galt ein Lohnstopp, der nur zugunsten von „Problemgruppen“ mit besonders niedrigem Lohnniveau durchbrochen werden konnte und erst 1948 aufgehoben wurde.

Nach zeitgenössischen Berechnungen des niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung konnten im Jahre 1946 nur 60 Prozent der Gesamtausgaben einer Familie aus den Arbeitseinkünften gedeckt werden. Löhne und Gehälter verloren ihren zentralen Stellenwert zur Sicherung der Lebenshaltung. In Teilbereichen kehrte die Entlohnung in Naturalien wieder. Deputate wurden oft höher geschätzt als Barlöhne. Die Rauchzigarren der ostwestfälischen Zigarrenarbeiter zum Beispiel standen in einer Zeit, in der Tabakwaren allenthalben knapp waren, als „Braunes Gold“ hoch im Kurs.

Die Betriebe kompensierten im großen und die Belegschaften im kleinen. „Der Betriebsrat ist am populärsten, der es in Verhandlungen mit der Werkleitung fertigbringt, daß der Arbeiter statt eines Kochtopfes zum Verhamstern deren zwei bekommt. Man kann versuchen, den Arbeitern klar zu machen, daß es so nicht geht [...], sie begreifen das und sehen das ein. Aber bei dieser Erkenntnis können sie verhungern. Besorg ihnen etwas, wo der Bauer Kartoffeln oder ein paar Hände Roggenkörner dagegen tauscht, dann bist Du ihr Mann.“⁵

An allem und jedem herrschte Mangel. Selbsthilfeaktionen von Gewerkschaften und Betriebsräten gewannen große Bedeutung. Manches Betriebsratszimmer glich eher einem Gemischtwarenladen: Von der Arbeitskleidung über Feuerholz bis hin zu Kartoffeln wurde alles mögliche zur Verteilung gebracht.

Auf dem Schwarzen Markt konnten sich Arbeitnehmer nur durch den Eintausch von Wertgegenständen einen Zuschuß zu den knappen Lebensmittelrationen erhandeln. Ausreichend war auch das nicht. Als der polnische Journalist Isaac Deutscher im September 1945 Berlin besuchte, erschrak er über die Leichenblässe in den Gesichtern von kleinen Kindern und Erwachsenen. „Die Menschen haben ein dauerndes Hungergefühl [...]. Es wird eine allgemeine Abmagerung der Bevölkerung festgestellt“,⁶ heißt es in einem Bericht der Lebensmittelarbeiterinternationale vom Juni 1947.

Dazu kamen Wohnungsnot, Kälte, völlig unzureichende Versorgung mit Schuhwerk, Kleidung usw. Elend, Hunger und Not waren insbesondere im zweiten Nachkriegsjahr so groß, daß viele Menschen vom Kampf um die Siche-

5 Bernhard Molz an Willi Beier, 5. 2. 1947. In: Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945 - 1949. Hrsg. von Helga Grebing. Stuttgart 1983, S. 119.

6 P. M. Tapernoux: Die Lebensmittelsituation in der Welt. Zürich 1947, S. 57.

rang der elementaren Lebensbedürfnisse völlig aufgezehrt wurden und keine Kraft mehr verspürten, sich für scheinbar so fernliegende Dinge wie die Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft einzusetzen. Von den Gewerkschaften erwarteten sie unmittelbare, praktische, im wahrsten Sinne des Wortes Lebens-Hilfe.

In verschiedenen Ländern erzwangen die Gewerkschaften die Einsetzung von Kontrollausschüssen, aus Gewerkschaftern und Vertretern der Erzeuger besetzt, um die Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu kontrollieren. Bei Hofbegehungen konnten beträchtliche Mengen gehorteter Lebensmittel sichergestellt werden. Ganz besonders dem Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft unter seinem nicht besonders fähigen Präsidenten Schlange-Schönigen wurde von den Gewerkschaften vorgeworfen, die Ernährung nur zu verschlimmern. An seine Stelle aber eine demokratische Selbstverwaltung unter Einschaltung der Gewerkschaften zu setzen, wurde von der Militärregierung strikt abgelehnt.

Schwerpunkte des gewerkschaftlichen Wiederaufbaus

Die Schwerpunkte des gewerkschaftlichen Wiederaufbaus lagen bis in das Jahr 1946 hinein in den Ballungszentren. Brauer und Beschäftigte der Konsumgenossenschaften waren rasch zu 80 und 90 Prozent wieder organisiert. Im Norden spielten die Beschäftigten der Fischverarbeitungsbetriebe, im Minden-Ravensberger Land die Tabakarbeiter und in Bayern die Belegschaften der Milchbetriebe eine ähnlich große Rolle.

Die „Gründer“ waren überwiegend Funktionäre fortgeschrittenen Alters, gleichen Jahrgangs wie Hans Böckler oder nur wenig jünger. Wilhelm Frank, maßgeblich für den Aufbau der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) im Nordrheingebiet, zählte bei Kriegsende 73 Jahre, Josef Dietmayer in Stuttgart, Max Gerl in München waren hoch in den Sechzigern. Den Stärkeverhältnissen vor 1933 entsprechend dominierten Funktionäre mit freigewerkschaftlich-sozialdemokratischem Hintergrund. Angehörige der alten christlichen Gewerkschaften waren vor allem in einigen Städten des Ruhrgebietes (zum Beispiel August Weyers in Essen) und im südbadischen Raum in den Wiederaufbau eingeschaltet. Aus der unterschiedlichen Parteizugehörigkeit ergaben sich in der Regel keine Konflikte. Selbst KPD-Mitglieder findet man hier und da unter den Mitbegründern der NGG. In Bremerhaven allerdings machten sich Mitglieder der KPD und des von ihr beeinflussten Antifa-Bundes durch wüste Polemik gegen die alten freigewerkschaftlichen Funktionäre bemerkbar. Sie scheuten auch nicht vor dem Griff in die Klamottenkiste des Sozialfaschismus zurück. Die Folge war, daß die Militärregierung eingriff und

der gesamte Gründungsprozeß wiederholt werden mußte, was eine Verzögerung von einem Jahr bedeutete.

Daß die Arbeiterbewegung den Nationalsozialismus nicht an der Machtgreifung gehindert und ihn auch nicht aus eigener Kraft gestürzt hatte, das lastete schwer auf den Kolleginnen und Kollegen, die sich an den Neuaufbau machten. Dennoch glaubten sie, für die Arbeitnehmer einen ersten Platz beim Wiederaufbau des Landes beanspruchen zu können: Aufgrund der Leiden und Verfolgungen, denen die Arbeiterschaft nach 1933 ausgesetzt war, auch weil ihre Kerntruppen allen Verlockungen des nationalsozialistischen Regimes standgehalten hatten. Und dieser Wiederaufbau sollte nach den Vorstellungen der Arbeitnehmer vonstatten gehen. Er sollte Militarismus und Nationalismus, die beiden furchtbaren Geißeln Deutschlands in den zurückliegenden Jahrzehnten, ein für allemal ausrotten. Das hieß vor allem: restlose Beseitigung der Nationalsozialisten aus führenden Positionen in Wirtschaft und Verwaltung, Einführung der Wirtschaftsdemokratie, Sozialisierung der Grundstoffindustrie, stärkere Planung und Lenkung der Produktion.

Die Besatzungsmächte hielten von solch weittragenden Plänen wenig. Alles in allem versuchten sie, den Gewerkschaftsaufbau zu bremsen und die Gewerkschaften selbst möglichst nahe bei einer „Brot-und-Butter-Politik“ zu halten.

In den ersten Wochen und Monaten nach dem Sturz des Nationalsozialismus war die Bautätigkeit noch sehr rege. Es gab keine festen Richtlinien der Militärregierung, oder sie hatten sich noch nicht durchgesetzt. Spätestens mit dem August/September 1945 änderte sich das Bild. In der britischen und amerikanischen Zone wurde der Gewerkschaftsaufbau in das starre Korsett eines Drei-Phasen-Modells gezwängt: Gründung, dann Ausbau der örtlichen Organisationen, dann erst überörtlicher Zusammenschluß. In der französischen Zone wurde lange Zeit rigoros alles unterbunden, was über den örtlichen Aufbau hinausging, Kontaktaufnahme mit Gewerkschaftern anderer Zonen strikt untersagt.

Die Fixierung auf den örtlichen Aufbau begünstigte einen Lokalpatriotismus, der sich bei späteren Bestrebungen zur Vereinheitlichung allzu oft hemmend bemerkbar machte. Als Josef Dozier (späterer Landesleiter der NGG in Nordrhein-Westfalen) versuchte, die ostwestfälischen Nahrungsmittelarbeitergewerkschaften zum Anschluß an die Nordrheinprovinz zu bewegen, hielt man ihm entgegen, daß man nur gewillt sei, eine Organisation aufzubauen, wenn es auf lokaler Grundlage geschehe.⁷

⁷ Josef Dozier: Die gesprengte Zwangsherrschaft. In: Einigkeit. Zentralorgan der Industriegewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten. 2. 1. 1950.

Im Südwesten war es ähnlich. Eduard Backert, der über siebzig Jahre alte ehemalige Vorsitzende des VNG, mußte im November 1946 und im April 1947 eigens aus Zepernick bei Berlin anreisen, um seinen alten Kollegen die Vorbehalte gegen eine Verschmelzung auszureden.

Am frühesten setzten die Koordinierungsversuche in Nordrhein-Westfalen ein. Schon am 23. Januar 1946 versammelten sich halb illegal (eine Genehmigung der Militärregierung lag nicht vor) 12 hauptamtliche Funktionäre der NGG in Düsseldorf und bildeten einen provisorischen Vorstand.

Wilhelm Frank führte auf dieser Konferenz noch lebhaftige Klage über die britische Militärregierung, die es nicht gestattet habe, eine zentralistisch strukturierte Allgemeine Gewerkschaft aufzubauen. Nach diesem Modell wäre den Industriegewerkschaften nur die Rolle autonomer Fachgruppen der Allgemeinen Gewerkschaft zugekommen, in deren Zuständigkeit nicht nur die Beitragshöhe gefallen wäre, sondern all das, was an gewerkschaftlicher Politik über den unmittelbaren Bereich der Fachgruppen hinausging.

Daß viele Gewerkschafter nach 1945 die Allgemeine Gewerkschaft vorzogen, hat praktische Gründe. An Räumen, an Büromaterial herrschte großer Mangel. Da lag es nahe, sich mit anderen Wirtschaftsgruppen zusammenzuschließen, um knappe Mittel besser einsetzen zu können. Ein fester zentraler Zusammenschluß schien bessere Möglichkeiten zu bieten, sich in den Aufbau der Wirtschaft einzuschalten und dafür zu sorgen, daß die Demokratie diesmal nicht wieder vor dem Fabrikator Halt machte. Auf der anderen Seite fürchtete man, mit der Allgemeinen Gewerkschaft werde ein bürokratischer Wasserkopf herangezüchtet, der die Initiative von unten erstickte.

Die Sympathien der Mitgliedschaft lagen nicht eindeutig bei dem einen oder anderen Modell. Wie eine freie Entscheidung ausgegangen wäre, muß offen bleiben. Die feste Haltung der Militärregierung - sollten die Gewerkschaften auf der zentralen Allgemeinen Gewerkschaft beharren würde eben die weitere Aufbauarbeit untersagt werden - gab den Ausschlag. Auf der Düsseldorfer Funktionärskonferenz der NGG konnte man diese Entwicklung nur noch beklagen, zu ändern war sie kaum noch.

Am 28. Juli 1946 trat in Düsseldorf der erste Verbandstag der NGG der Nordrheinprovinz zusammen. Man wählte einen provisorischen Vorstand, um die Vereinigung mit den westfälischen Verbänden nicht zu gefährden. Auf getrennten Verbandstagen der sechs westfälischen Bezirke wurde einzeln der Vereinigung mit der Nordrheinprovinz zugestimmt, die im November 1946 als vollzogen gelten konnte. Etwa zeitgleich erfolgte der Zusammenschluß von Hamburg und Schleswig-Holstein.

Am 30. Juli und 1. August 1947 schließlich konnte in Hamburg der Gründungsverbandstag der Industriegewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten für die britische Zone zusammentreten. Die Verbände aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein sowie die bis dahin selbständigen Organisationen der Tabakarbeiter, der Hotel-, Restaurant- und Cafeangestellten, schlossen sich zusammen. Hamburg wurde zum Sitz des Verbandes bestimmt, Gustav Pufal zu seinem Vorsitzenden gewählt.

Die Aufgabe der NGG, hatte Pufal in seiner Eröffnungsrede betont, müsse auf wirtschaftlichem Gebiet liegen: „Dazu gehört die Säuberung der Wirtschaftsführung von nationalsozialistischem Gedankengut, die Anleitung und die Unterstützung der Betriebsräte bei ihrer Arbeit in den Betrieben sowie die Einschaltung des Verbandes in die für sie in Frage kommenden Industrie- und Gewerbebezüge in allen wirtschaftlichen Fragen.“⁸

In verschiedenen, einstimmig angenommenen Entschlüssen forderten die Delegierten u. a., mit Betriebsvereinbarungen das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben zu verankern und ein Nachtbackverbot zwischen 22 und 6 Uhr.

Zusammenschluß auf trizonaler Ebene

Neben der Industriegewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten der britischen Zone, die Ende 1947 an die 120000 Mitglieder hatte, hatten sich in den beiden anderen westlichen Besatzungszonen sechs unabhängige Landesgewerkschaften herausgebildet: Industriegewerkschaft Nahrung-Genußmittel-Gaststätten, Bayern (34810 Mitglieder); Landesberufsgewerkschaft der Nahrungs- und Genußmittelbetriebe, Süd-Württemberg (knapp 1000 Mitglieder); Landesgewerkschaft Nahrung, Getränke, Gastwirtsgewerbe und Tabakindustrie, Südbaden (knapp 3600 Mitglieder); Industrieverband Nahrungs-, Genußmittel- und Beherbergungsgewerbe, Nordwürttemberg/Nordbaden (23171 Mitglieder); Landesgewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Pfalz und die Landesgewerkschaft der Arbeitnehmer im Nahrungs-, Genußmittel- und Gaststättengewerbe, Hessen (13125 Mitglieder).

Wie man weiter vorgehen sollte, ob man eine Vereinigung zunächst der Westzonen anstreben oder mit der Industriegewerkschaft Nahrung und Genuß der sowjetischen Besatzungszone eine Reichsgewerkschaft bilden sollte, war keine Frage mehr. Zu viele drängende Probleme türmten sich in den drei westlichen Besatzungszonen auf, die eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation erforderten, wenn die Interessen der Arbeitnehmer wirksam vertreten wer-

⁸ Protokoll der Verhandlungen des Gründungsverbandstages der Industriegewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten in Hamburg vom 30. Juli bis 1. August 1947. Hamburg o. J., S. 12.

den sollten. Eine Konferenz der Landesgewerkschaften aus Bayern, Hessen und Württemberg-Baden am 27/28. Februar 1948 in Stuttgart-Wangen, auf der auch Gastdelegierte aus der SBZ vertreten waren, stimmte für den bizonalen Zusammenschluß.

Von den organisatorischen Erfolgen des FDGB zeigte man sich zwar ange-tan, verkannte aber nicht den Preis, um den sie erkaufte worden waren. Ein Modell sah man dort schon gar nicht. „An den Osten können wir uns nicht anlehnen und aus einem großkapitalistischen Staat können wir ebenfalls keine besonderen Erwartungen schöpfen. Wir müssen eben unsere eigene Politik machen“,⁹ so Albert Rempel, der Vorsitzende des Industrieverbands Nahrungs-, Genußmittel- und Beherbergungsgewerbe Nordwürttemberg/Nordba-den auf der Generalversammlung der Ortsverwaltung Stuttgart am 16. März 1947.

Wenigstens der Kontakt mit der IG Nahrung und Genuß in der SBZ sollte aufrechterhalten werden. Die Hoffnung, durch Beziehungen auf gewerk-schaftlicher Ebene eine weitere Aufspaltung Deutschlands verhindern zu kön-nen, wollte man nicht ohne Not aufgeben. Für April/Mai 1948 war auf Drängen der süddeutschen Verbände noch einmal eine Interzonenkonferenz der Nah-rungs- und Genußmittelarbeitergewerkschaften anberaumt worden. Die Mög-lichkeiten gewerkschaftlicher Außenpolitik in der Ost-West-Richtung waren indes gering. Die sowjetische Blockade Berlins, derentwegen auch die Interzo-nenkonferenz ins Wasser fiel, brachte alle diesbezüglichen Bemühungen zu einem vorläufigen Ende.

Nach der Konferenz von Stuttgart-Wangen wurde ein Arbeitsausschuß ein-gesetzt, der die notwendigen Vorbereitungsarbeiten erledigen sollte. Erst nach längerem Hin und Her bekamen die Landesgewerkschaften im französischen Besatzungsgebiet die Erlaubnis, sich im Arbeitsausschuß vertreten zu lassen. Ende 1948 war der Satzungsentwurf fertig und konnte den Ortsverwaltungen zugestellt werden.

Vom 24. bis 26. Mai 1949 tagte der Verschmelzungsverbandstag in Mün-chen, auf dem sich alle Landesgewerkschaften zur Industriegewerkschaft Nah-rung-Genuß-Gaststätten zusammenschlossen. Der Verband der Nahrungs- und Genußmittelarbeiter und Gaststättengewerbe in der Berliner Unabhängi-gen Gewerkschaftsorganisation (UGO) war mit Gastdelegierten in München vertreten. Erst zwei Jahre später, auf dem Stuttgarter Gewerkschaftstag der NGG, wurde die UGO der NGG angegliedert.

⁹ Protokoll der Generalversammlung der Ortsverwaltung Stuttgart vom 16. März 1947. Depositum NGG, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn.

„Wir wollen uns in den kommenden Tagen ein Haus bauen und ein Gesetz schaffen, das j edem Mitglied Schutz vor Ausbeutung und Hilfe in seinem sozialen Kampf bietet. Als Grundpfeiler, worauf wir dieses Haus einrichten, lassen sie uns die Begriffe Freundschaft, Vertrauen, Solidarität, Humanität setzen [...] Lassen Sie uns frei von jeder Parteipolitik für die Völkerverständigung und für die Sicherung des Weltfriedens werben. Wir wollen kämpfen gegen jede Vergewaltigung und Tyrannei zum Wohle unserer Mitglieder und darüber hinaus der Arbeiterschaft der ganzen Welt“,¹⁰ sagte Gustav Pufal unter starkem Beifall auf der Eröffnungsfeier, die im Saal des Deutschen Museums in München stattfand. Hans Böckler ergänzte: „Wir haben uns nicht mehr und nicht weniger vorgenommen, als dem arbeitenden Menschen endlich in der Wirtschaft und in der Gesellschaft zu dem Ansehen zu verhelfen, zu der Stellung, die jedem arbeitenden Menschen, ja jedem Menschen ein für allemal gebührt. Wir wollen ihm sein Erstgeburtsrecht sicherstellen, wir wollen ihn aus einer Abhängigkeit erlösen, in der er nun seit allzulanger Zeit schmachtet.“¹¹

10 Protokoll über die Verhandlungen des Vereinigungs-Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten für das Gebiet der amerikanisch, britisch und französisch besetzten Zonen Deutschlands in München vom 24. bis 26. Mai 1949. Hamburg o. J. (1949), S. 53.

11 Ebda., S. 36.